

Antrag

**der Abgeordneten Ralf Niedmers, Eckard Graage, Dennis Thering,
Dr. Anke Frieling, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Bau und Betrieb einer Standortschießanlage der Bundeswehr am
Standort Hamburg**

Einleitung: In den vergangenen Jahren wurden sukzessive militärische Ausbildungseinrichtungen und Infrastruktur, insbesondere Schießanlagen, auf Hamburger Staatsgebiet geschlossen und zurückgebaut. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die derzeit verfügbare Infrastruktur den aktuellen Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Mit dem Aufkommen neuer Bedarfe im Geiste der Schaffung der Kriegstüchtigkeit unserer Streitkräfte und der damit einhergehenden gestiegenen Notwendigkeit zur Sicherstellung einer hohen Einsatzbereitschaft ist es unerlässlich, dies zu ändern.

Nachfolgend werden Gründe zur Darstellung der Zweckmäßigkeit des oben genannten Vorhabens dargestellt:

1. Erhöhung der operationellen Effizienz

Die Stadt Hamburg beherbergt zahlreiche militärische Dienststellen, darunter die Führungsakademie der Bundeswehr, das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg und die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. An diesen Dienststellen sowie beim Landeskommmando Hamburg leisten in etwa 5.000 Soldaten (einschließlich der Heimatschutzkompanien und zivile Mitarbeiter im Wachdienst) ihren Dienst. Die Bundeswehr steht nun mehr als zuvor vor der Herausforderung, eine hohe Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und die Kriegstüchtigkeit eben dieser sicherzustellen. Die derzeitige Situation, bei der Einheiten aus Hamburg weite Strecken zu entfernten Übungsplätzen und Schießanlagen zurücklegen müssen, führt zu erheblichen Zeiteinbußen und schränkt die Ausbildungskapazitäten ein. Die im Umfeld der Stadt Hamburg liegenden Standortschießanlagen wie der Standortübungsplatz (StOÜbPl) Hagenow (90 km), die Standortschießanlage (StOSchAnl) Wendisch-Evern (60 km), die StOSchAnl Munster (75 km) oder die StOSchAnl Boostedt (65 km) sind allesamt weit vom Einzugsgebiet der Hamburger Dienststellen entfernt. Die StOSchAnl Heist (30 km), welche sich noch am ehesten in der Nähe Hamburgs befindet, ist für den geforderten Bedarf aller militärischen Liegenschaften Hamburgs zu klein und kann diesen nicht abdecken. Durch die Einrichtung einer Standortschießanlage direkt im Raum Hamburg könnten die zur Verlegung benötigten Zeiten drastisch reduziert werden. Dies ermöglicht häufigere und flexiblere Nutzung vorhandener Ausbildungskapazitäten und Schießzeiten, welches einer Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Soldatinnen und Soldaten der Hamburger Dienststellen zweckdienlich ist.

2. Kostenreduktion und weitere wirtschaftliche Vorteile

Der Transport von Personal und Ausrüstung zu weit entfernten Schießanlagen ist nicht nur zeitaufwendig, sondern verursacht auch hohe Kosten, insbesondere im Hinblick auf Kraftstoffverbrauch und Fahrzeugabnutzung. Durch die Errichtung einer lokalen Schießanlage können diese Ausgaben für den Bund signifikant gesenkt werden. Langfristig führt dies zu einer effizienteren Verwendung von Budgetmitteln, die stattdessen in andere wichtige Bereiche wie Ausrüstung und Infrastruktur investiert werden können.

3. Minimierung ökologischer Belastungen

Die langen Transportwege zu den derzeit genutzten Schießanlagen führen auch zu einer beträchtlichen Umweltbelastung durch Emissionen. Eine lokale Schießanlage würde diese Fahrten und damit verbundene CO₂-Emissionen erheblich reduzieren. Dies trägt zum Umweltschutz bei und unterstützt zudem die Bemühungen der Bundesregierung anteilig, ihre Klimaziele zu erreichen.

4. Förderung der Interoperabilität mit lokalen Behörden und Organisationen

Die bezeichneten Vorteile einer zu errichtenden Standortschießanlage in Hamburg kämen nicht ausschließlich der Bundeswehr zugute, sondern beträfe auch weitere Exekutivbehörden wie die Hamburger Polizei, Bundespolizei und den Zoll, welche ebenfalls mit der dargestellten Problemlage konfrontiert sind. Die Steigerung der Interoperabilität im Rahmen der Verzahnung der Zusammenarbeit im Rahmen des Katastrophenschutzes und der Amtshilfe zwischen der Bundeswehr, der Polizei den Lokalbehörden und Sicherheitsdiensten mit hoheitlichen Aufgaben kann so mittels gemeinsamen Ausbildungen, Übungen und Schulungen gestärkt und die interdisziplinäre Vernetzung weiter gefördert werden. Dadurch wird auch das Sicherheitsgefühl in der Hamburger Öffentlichkeit verstärkt.

5. Fazit

Die Einrichtung einer Standortschießanlage für die Bundeswehr im Raum Hamburg bietet erhebliche Vorteile in Bezug auf Effizienzsteigerung, Kostenersparnis und Umweltschutz. Diese Argumente bilden eine starke Grundlage für die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer solchen Investition, welche die Leistungsfähigkeit und Effektivität der Bundeswehr sowie anderer staatlicher Institutionen mit dem Schwerpunkt der Sicherheit wesentlich zu verbessern in der Lage ist.

Der Senat wird aufgefordert,

1. einen potenziellen Standort für das Vorhaben zu evaluieren;
2. sich aus dargestellten Gründen für die Errichtung und den Betrieb einer Standortschießanlage der Bundeswehr auf Hamburger Stadtgebiet auf Bundesebene einzusetzen und
3. entsprechende Argumente an das BMVg heranzutragen sowie
4. die Realisierung des Projekts zu fördern;
5. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2024 zu berichten.